

Patrick Perndorfer

21.07.2017

Patrick Perndorfer nimmt zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Stellungnahme im Begutachtungsverfahren zum Ministerialentwurf des Innenministeriums, mit dem das Sicherheitspolizeigesetzes, das Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002, die Straßenverkehrsordnung 1960 und das Telekommunikationsgesetzes 2003 geändert werden (326/ME)

In einem Rechtsstaat haben der Staat und die Behörden ohne richterliche Genehmigung und ohne begründete Verdachtsmomente nichts in der Wohnung oder in den PC/Smartphones der Bürger zu suchen. Dieses Gesetz wurde bei der Erläuterung schon immer auf WhatsApp bezogen damit es sich besser anhört vor der Presse, aber im Grunde bedeutet es Willkür bei Überwachung und Spionage gegen die eigene Bevölkerung. Die Freiheit zu verteidigen war noch nie ein leichtes unterfangen und wird immer wieder durch solche Unternehmungen untergraben. Überlegen Sie sich doch einmal was sie hier alles vorschlagen?? Warum sollten sich die Österreich/innen im Auto aushorchen lassen? Was gibt Ihnen das Recht zu sowas? An Frechheit und Unverfrorenheit kaum zu überbieten ist dieser Vorschlag. Diese Vorhaben werden die Freiheit und Demokratie in unserem Land nicht schützen sondern sie unterwandern und das finde ich äußerst beunruhigend.